

Eingang FB Kreisgremien:

16.11.2015

FDP Fraktion Bergstraße • Kellereigasse 11 • 64646 Heppenheim

An den Vorsitzenden des Kreistags
des Kreises Bergstraße
Herrn Gottfried Schneider
Gräffstraße 5
64646 Heppenheim

FDP Fraktion im Kreistag
des Kreises Bergstraße

Kellereigasse 11
64646 Heppenheim

Telefon 06252 / 910824
Fax 06252 / 910823
Mail k11@fdp-bergstrasse.de
Internet www.fdp-bergstrasse.de

Privat:
Mail hoerst.fdp@gmail.com

Antrag zu Resolution zur Flüchtlingskrise – Ein kommunaler Hilferuf

Heppenheim, den 16.11.2015

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

im Namen der FDP Fraktion bitte ich Sie folgenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung auf die Tagesordnung der anstehenden Kreistagssitzung zu nehmen.

Antrag:

- Der Kreistag stellt fest, dass die Kommunen durch eine verfehlte Einwanderungs- und Asylpolitik in Bund und Ländern an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gebracht werden. Bei der Unterbringung von Flüchtlingen sind die Ressourcen annähernd ausgeschöpft, die ohnehin durch die strukturelle Unterfinanzierung angespannte finanzielle Lage wird noch schwieriger. Nur massiv steigende Steuereinnahmen verhindern vielerorts einen Kollaps der Kommunalfinanzen.
- Der Kreistag bedankt sich gerade vor diesem Hintergrund umso mehr für den unermüdlichen Einsatz der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sowie die Kreisverwaltung; ohne diese massive Hilfsbereitschaft der verantwortungsvollen Zivilgesellschaft im Kreis Bergstraße wäre eine vernünftige Versorgung der Schutzsuchenden bereits jetzt nicht mehr möglich. Gleichzeitig ist sich der Kreistag bewusst, dass auch die ehrenamtlichen Helfer an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen.
- Der Kreistag richtet daher den dringlichen Appell an die politisch verantwortlichen in Berlin und Wiesbaden, ein Maßnahmenpaket auf den Weg zu bringen, welches die bedrohte Handlungsfähigkeit des Staates wiederherstellt.

Der Kreistag fordert daher den Bund auf

- den unbegrenzten Zustrom von Zuwanderern und Flüchtlingen, die aus oder über sichere Drittstaaten im Sinne des Artikels 16 a Grundgesetz kommen, mit den bereits zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln zu beenden. Hierzu gehört denklogisch auch eine Sicherung der EU-Außengrenzen;
- durch die Herausnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem Asylverfahren und die Gewährung subsidiären Schutzes, sowie die überfällige Aufstockung des Personals beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) werden Prüfkapazitäten frei und eine zügige Rückführung nach Ende der Kriegslage möglich;
- die Aufhebung der Wartezeiten für Flüchtlinge zur Arbeitsaufnahme. Mit dem Antrag auf Asyl sollte direkt ein Antrag auf Anerkennung des Berufs- und oder Studienabschlusses gestellt werden können, um Wartezeiten für Flüchtlinge zusätzlich zu verringern;
- die schnellstmögliche Abschaffung der Vorrangprüfung, um einen sofortigen, gleichrangigen Arbeitsmarktzugang zu gewährleisten;
- die volle finanzielle Verantwortung für die Flüchtlingsaufnahme in Deutschland zu übernehmen. Ein durchschlagender Grund dafür ist, dass der Bund die Regeln für Einwanderung und Flüchtlingsschutz

festlegt. Der Bund entscheidet darüber, wer Asylrecht genießt und wer nicht; er ist zudem für die Dauer der Asylverfahren verantwortlich;

- endlich ein Einwanderungsgesetz zu schaffen, welches bspw. Job-Visa und Beratung und Qualifizierung durch deutsche Arbeitsagenturen und Wirtschaftsverbände in den Herkunftsländern vorsieht, was direkt zur Entlastung des EB Neue Wege beitragen würde;

Der Kreistag fordert überdies das Land Hessen auf

- vollziehbar ausreisepflichtige Personen konsequent abzuschieben; die knappen Versorgungs- und Unterbringungskapazitäten müssen für diejenigen vorgehalten werden, die tatsächlich schutzbedürftig sind;
- Die Verwaltungspraxis bei der Duldung von eigentlich ausreisepflichtigen Personen kritisch zu überprüfen. Denjenigen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, sollten keine Barmittel mehr ausgehändigt werden;
- die angekündigten zusätzlichen Mittel des Bundes, vollständig an die Kommunen durchzuleiten, um die Unterfinanzierung bei der Flüchtlingsunterbringung zu beenden.
- Die Stundenkürzungen bei den Deutsch-Intensivklassen sofort zurückzunehmen sowie kurzfristig neue Stellen für Lehrer und Pädagogen zu schaffen und Quereinsteiger zu fördern. Pensionierte Lehrer sollten eingebunden werden.
- die Ausgrenzung der über 18-jährigen jugendlichen Flüchtlinge aus dem Programm „Integration und Ausbildung (InteA)“ zurückzunehmen und auch diesen jungen Menschen im eigenen wie im Interesse unserer Gesellschaft vor allem das zügige Erlernen der deutschen Sprache zu ermöglichen.

Der Kreistag fordert die Kreisverwaltung auf


- wo immer möglich, eine Unterbringung bereits registrierter und dem Kreis zugewiesener Flüchtlinge in kleinen Einheiten zu gewährleisten;
- alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um soziale Konflikte zu vermeiden;
 1. so darf es im Kreis Bergstraße nicht zu einer Konkurrenz von Flüchtlingen und Familien mit geringem Einkommen um bezahlbaren Wohnraum kommen;
 2. eine Belegung von Schulsporthallen oder Gemeinschaftshäusern zur Unterbringung von Flüchtlingen kann nur ultima ratio sein;
 3. Enteignungen privater Gebäude sind strikt zu unterlassen.

Begründung:

Weitere Begründung, wenn notwendig, mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Für die FDP-Fraktion im Kreistag Bergstraße


Christopher Hörst
Fraktionsvorsitzender